

## Resümee

Diese Arbeit analysiert die auf die Transformation bezogenen Probleme vor und nach dem Zusammenbruch der postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion, und es handelte sich bei dieser Arbeit darum, warum die Transformation in diesen Ländern viele Schwierigkeiten haben und dass die Transformationsprozesse nach dem wirtschaftlichen und politischen Sinne beschrieben werden.

Unter diesen Umständen wurde die Globalisierung, die zur Zeit weltweite Tendenz ist, und die möglichen Strategien für erfolgreiche Transformation in diesen Ländern behandelt.

Schließlich wurde die koreanische Wiedervereinigung als Fallstudium erwähnt, die sich natürlich unter dem Basis der obigen Erfahrungen und Vorkenntnisse voraussetzt.

Im ersten Kapitel geht es zum einen um die Begriffe der Transformation. In der Literatur findet man häufig Begriffe zur Transformation, die keinen klaren Hinweis darauf geben, ob es bei einer Transformation sich um einen zeitlich und räumlich abgegrenzten Prozess oder um eine allgemeine Umgestaltung oder Umwandlung des traditionellen politischen oder wirtschaftlichen Systems handelt. Neben diesem Hinblick müssen auch die Aspekte berücksichtigt werden, die von den neoliberalen Theoretiker übersehen wurden. Die bisherige Transformation nach der neoliberalen Theorie konzentrierte sich auf die ökonomischen Aspekte, d.h. die Transformation des ökonomischen Systems sprich „die Integration in die globale Arbeitsteilung“. Im Wege der Transformation der postkommunistischen Ländern brachte dies größere Opfer und Schwierigkeiten, weil die Transformation sich nicht nur auf eine komplexe, vielschichtige, sondern auch auf die gesellschaftliche, politische und ökonomische Formen bezieht.

Im weiteren wurde auf die theoretischen Ansätze der Transformation eingegangen, die sich mit der totalen Veränderung der konstituierenden Ordnungsformen des gegebenen Wirtschaftssystems im Sinne der neuen „Schöpfung der Gesellschaft“ befasst. Als solche gelten in der Ordnungstheorie die Planungsformen der Wirtschaftsprozesse, die den Koordinationsmechanismus des Wirtschaftssystems bestimmen, sowie die Eigentumsformen, die besonders die wirtschaftliche Effizienz beeinflussen.

Die Interdependenz von Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsgeschehen, die aus den bisherigen Erfahrungen im Transformationsprozess resultierte, bedarf der Integration institutioneller und prozessualer Betrachtungsweisen, die für das Entstehen einer Transformationstheorie notwendig sind, um die Entstehung und die Veränderung von Ordnungsformen zu erklären. In

den Transformationsökonomien fand es tatsächlich statt, dass die bestehende Ordnungsrahmen auf die Aktivität der Handelnden Einfluss nimmt. Die bestehenden Ordnungsrahmen müssen daher durch wirtschaftspolitische Entscheidungen verändert werden, um der neuen Situationen gerecht zu werden.

In diesem Zusammenhang wurden für das Verständnis der Transformationsprozesse die 4 wichtigen Theorieansätze eingeführt. Es sind die ordnungstheoretische Analyse von Marx, die ordoliberalen Theorie, die Institutionsökonomie und die evolutiv-ökonomische Theorie.

Das zweite Kapitel setzt sich mit den Funktionsschwächen des zentralgeplanten Wirtschaftssystem auseinander, die als die zentralen Ursachen des Wandels in den ehemals sozialistischen Staaten gelten und die die Bereitschaft zur Transformation bedingen. Um die Analyse der Schwierigkeiten der sozialistischen Wirtschaftssystemen besser zu verstehen, wurde bei dieser Untersuchung die Institutionsökonomie eingeführt. Dies deshalb da die Institutionen als Arrangement oder Regeln rechtlicher, administrativer und sozial akzeptierter Art sozialistisch-wirtschaftliche Interaktion begründen und sie die vorhersagbaren Effekte hinsichtlich des Verhaltens ökonomischer Akteure und der ökonomischen Ergebnisse ermöglicht. Unter diesem Blickwinkel ist das Versagen des sozialistischen Planwirtschaftssystems wie folgt zu interpretieren.

Zum ersten lässt sich die sozialistisch-wirtschaftlichen Ordnungsstrukturen als die zentrale verwaltete Wirtschaft, das kollektive Eigentum an den Produktionsmitteln und das staatliche fixierte System von Güter- und Faktorpreis charakterisieren. Bei der zentral verwalteten Wirtschaft finden nicht die spontanen evolutiv-rationalen Prozesse statt, sondern die auf administrativem Wege zustande gekommenen Prozesse, weil die Durchsetzung der Ordnungsideen von herrschenden Machtteilen den Vorrang hat, und bei dem kollektiven Eigentum an Produktionsmitteln das private Unternehmertum ausgeschlossen wird. In den meisten sozialistischen Ländern stehen die Verfügungsrechte dem Führungsgremium also dem „Politbüro“ zu. Bei dem vorhandenen fixierten Preissystem pendelt sich kein Gleichgewicht zwischen Produktion und Verbrauch, Angebot und Nachfrage ein, weil die Hauptfunktion der Preise nicht nur das Gewichtungssystem schafft, sondern auch eine Bestimmung der aggregierten Volumenindizes erlaubt.

Zum zweitens handelt es sich um Motivations- und Kontrollstrukturen. Unter diesen Strukturen lassen sich die systemspezifischen Motivationsstrukturen in sozialistischen Ländern auf der institutionellen Arrangements, insbesondere auf der Zuordnung von Verfügungsrechte beruhen, welche die Wirtschaftssysteme bedingen. In diesem Kontext bringen jeweilige In-

stitutionen irgendwelche Anreizstrukturen hervor, was zu entsprechenden Transaktionskosten führt. Darauf laufen die ökonomischen Ergebnisse hinaus, die vom Verhalten ökonomischer Akteure bestimmt werden können. Zu diesen institutionellen Arrangements zählen die Führungskräfte und das Unternehmertum, die die Anreize der sozialistischen Wirtschaftssysteme positiv oder negativ beeinflussen.

Drittens ist es auf Grund des Gütermangels und des Geldüberhangs in sozialistischen Planwirtschaften nicht möglich, die nachgefragte und die angebotene Menge durch den Preismechanismus zu kontrollieren, da die Preise und die Menge nur durch die Zentralbehörde kontrolliert werden. In diesem Sinne müssen der Mangel, der Geldüberhang und die Inflation in sozialistischen Planwirtschaft als eine Gruppe von Phänomenen berücksichtigt werden, deren Auftreten nicht einzigen Ursache zugeschrieben werden kann.

Viertens schließlich dürfte das Versagen des sozialistischen Systems maßgeblich aus dem unproduktiven, auf Rentensicherung gerichteten Gütereinsatz resultieren. Innerhalb dieser Ordnungen unterlag die Güterlenkung dem Primat der Politik. Insofern politische und wirtschaftliche Interessen und deren Bedienung untrennbar verbunden waren, hängt die Wirtschaftsstruktur folgerichtig von der politischen Machtstruktur ab. Die Ursache dafür liegt in der politischen und nicht in der ökonomischen Natur. Die herrschenden Schichten oder die staatlichen großen Apparate symbolisierten Machtpositionen und zielten darauf ab, im Planungs- und Verteilungsprozess großzügige Zuteilungen an Kapital, Material, Arbeitskräften, Devisen oder westlichen Importgütern zu erhalten und dauerhaft zu sichern. In diesem Kontext konnte verstanden werden, dass knappe Mittel intensiv eingesetzt und genutzt werden konnten und weshalb beträchtliche X-Ineffizienz die zwangsläufige Konsequenz waren. Die Analyse der sozialistischen Wirtschaftssysteme mit dem Instrumentarium der Rent-Seeking-Theorie sollte aufzeigen, dass die Verteilung der wirtschaftlichen Befugnisse und Einkommen durch das politische System und von politischen Einflusskräften bestimmt war.

Im dritten Kapitel ist die Transformationsprozess in den Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der ehemaligen Sowjetunion dargestellt und beschrieben.

Es konnte erstens festgestellt werden, dass die ausgehende Probleme, die aus dem ehemaligen sozialistischen System und aus Wegen der Transformationsprozesses resultierten, begründet waren in den Budgetdefiziten, der Verhaltensweise der Akteure in Mittel- und Osteuropa, den gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten und der neoliberalen Strategie. Das Budgetdefizit in den Ländern Mittel- und Osteuropa sowie der Sowjetunion stellte ein großes Problem dar, weil es die Durchführung der Transformationsstrategie der jeweiligen Regierungen belastete.

Das heißt, dass eine Erhöhung von Transferzahlungen und Subventionen für den Strukturwandel in den Transformationsländern, die zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit, zur Milderung der sozialen Auswirkungen von Betriebsstillegungen, zur Umschulung usw. notwendig sind, das Budget belastet.

Die Akteure in den Transformationsländern haben sich so verhalten, der Entsicherung des gesamten Sozialgefüge dadurch entgegenzuwirken, dass sie die noch verbleibenden Ressourcen des alten Systems ausbeuten, z.B. moralisch durchaus verwerfliche unternehmerische Praktiken anwenden. Aus dieser Basis wurden relativ stabile Verhaltensweise gebildet, die eine Kombination zwischen überkommenen und neuen Norm widerspiegeln und die langfristig die Eigenschaft der sich konstituierenden Marktgesellschaft ausdrücken dürften. Diese Verhaltensweise der Akteure in den Transformationsländern Mittel- und Osteuropas haben eine bedeutende Auswirkungen auf die Reformprozesse im Zuge der zentralverwalteten Planwirtschaft hin zur Marktgesellschaft.

Die gesellschaftspolitischen Schwierigkeiten, die nicht mit der analogen historischen Entwicklung in Westeuropa verglichen werden können, resultierten aus der Tatsache, dass die Transformation sich in Abhängigkeit von den jeweils unterschiedlichen Entwicklungen in verschiedenen Zeiträumen und unter von Region zu Region unterschiedlichen Voraussetzungen vollzogen.

Als letzte ausgehende Problem müssen die neoliberalen Strategien, die bereits in den ehemaligen sozialistischen Ländern durchgeführt wurden, kritisiert werden, gleichgültig, ob sie eine Strategie der einfachen Einführung der Marktwirtschaft oder des Nachvollzugs ursprünglicher Akkumulation und des nationalstaatlichen Projektes nachholender Modernisierung ist. Diese neoliberale Strategie übersah die frühere Entwicklung der jeweiligen Länder des einstigen Sozialismus und die Definitionsmacht der Weltökonomie als Bezugsgröße, der die vom Weltmarkt ausgehenden Einflüsse auf den Entwicklungsweg von Entwicklungsländern oder Transformationsländern entsprechen. Außerdem sollte die Liberalisierung des Außenhandels und die Privatisierung bei Fehlen makroökonomischer Stabilität nicht so schnell eingeführt werden.

Zweitens geht es bei den Transformationserfordernisse um die wirtschaftlichen und politischen Aspekte, um die verändernde Situationen unter der Globalisierung anzupassen und dadurch die Entwicklung der ehemals postkommunistischen Länder zu ermöglichen. Die wirtschaftlichen Transformationserfordernisse beruhten auf der Reintegration der mittel- und osteuropäischen sowie sowjetischen Länder in die internationale Arbeitsteilung und die politi-

sche Erfordernis resultierte aus politischem Modernisierungszwang, in dem hiermit nur Bedarf der Institutionsbildung erwähnt wird.

Drittens befasste sich der Transformationsprozess mit der Privatisierung, der Liberalisierung der Außenhandel- und Devisentransaktionen und der Demokratisierung mit der Zivilgesellschaft.

Beim Transformationsprozess spielt die Privatisierung von Staatsunternehmen eine große Rolle. Dabei wurde mit dem *Property-Rights-Ansatz* die Effizienz zwischen privaten und öffentlichen (oder staatlichen) Unternehmen verglichen, obwohl diese Untersuchung in der herrschenden Meinung heftig umstritten ist. Anschließend wird die Privatisierung im Transformationsprozess erklärt, die sich auf Besonderheiten im Vergleich zu der westlichen Privatisierung bezieht.

Da sich *Principal-Agent-Probleme*, die schwerwiegende Effizienzverluste hervorbringen können, nur in privaten Unternehmen befinden, kann ein eindeutiges Votum für die Privatisierung von öffentlichen Unternehmen akzeptiert werden. Dies kann aber nur dann geschehen, wenn eine effektive Kapitalmarktkontrolle privater Großunternehmen ausgeführt werden kann, d.h. ein fungibler Kapitalmarkt und striktes Konkursrecht vorausgesetzt, weil ohne diese Voraussetzungen die Ressourcen in ihrer momentanen Verwendung verbleiben. Werden diese Restriktionen mit Hilfe der Privatisierung beseitigt, so kann beispielsweise auch der Verkauf eines inländischen Monopols zu Effizienzgewinn durch eine verbesserte Allokation führen, besonders dann, wenn das Unternehmen sich durch geöffnete Handelsschranken der internationalen Konkurrenz ausgesetzt sieht.

Im Hinblick auf die Privatisierungsprozesse in den Ländern Mittel- und Osteuropas sollen nicht nur die sofortigen oder abgestuften harten Budgetrestriktionen und strikten Konkursgesetze eingeführt werden, sondern es sollten auch die Regierungen auf die Schaffung einer effektiven Kapitalmarktkontrolle aus sein und die dafür benötigten gesetzlichen Grundlagen schaffen. Außerdem muss ein privates Geschäftsbankensystem entstehen, um die entstehenden Finanzmarktverzerrungen zu vermeiden. Darüber hinaus bedürften die Geschäftsbanken einer deutlichen liberalen Haltung gegenüber westlichen Geschäftsbanken, um die Wettbewerbsintensivität in den Transformationsländern zu erhöhen und damit *know-how* über die Auswahl rentabler Investitionsprojekte und die Unternehmenskontrolle zu importieren. Unter diesen Umständen wird eine langsame Privatisierung vorgezogen, wenn Anreiz- und Kontrollmechanismen für die privatisierten Unternehmen nur in unzureichendem Maße zur Verfügung stehen.

Für die Liberalisierung der Außenhandels- und Devisentransaktionen gibt es zwei Meinungen, die sich in der neoklassischen und monetär-keynesianischen Theorie ausdrücken. Nach der neoklassischen Theorie kann die ungebremsste und frühzeitige Einführung der Konvertibilität dazu beitragen, den Wettbewerbsdruck in den meisten monopolisierten Transformationsökonomien zu intensivieren, neue Beschaffungsmärkte zu erschließen, ausländische Kapitalzuflüsse möglich zu machen und die Struktur der relativen Preise vom Weltmarkt zu übernehmen.

Im Gegensatz dazu hat nach der monetär-keynesianischen Theorie eine frühzeitige Einführung ihren Preis, der vor allem in einem zu scharfen Konkurrenzdruck für die einheimischen Unternehmen mit der Gefahr eines schnellen Zusammenbruchs besteht. Daneben können hohe Leistungsbilanzdefizite steigende Importe mit sich bringen, wodurch unter anderem die Außenverschuldung, die Geldpolitik und die Wechselkurspolitik in noch schwierigen Situationen geraten können. Diese Gefahren können durch begleitende protektionistische Maßnahmen und eine entsprechende Wechselkursgestaltung gemindert werden. Daher wird häufig eine schrittweise Öffnung des Außenhandels vorgeschlagen, um einen zu raschen und unvorbereiteten außenwirtschaftlichen Wettbewerb zu verhindern.

Beim Transformationsprozess im Sinne des politischen Aspekts handelt es sich um die Zivilgesellschaft und Demokratisierung. Die Zivilgesellschaft als Ort intermediärer, zwischen staatlicher und privater Sphäre angesiedelter kollektiver Aktivität bildet Harmonie formell und informell organisierter Gruppen, die ihre vielfältigen Ziele verfolgen, indem sie freiwillige Entscheidungen treffen und unabhängig von mittelbaren staatlichen Eingriffen sind. Diese Integrationsprozesse setzt die Differenzierung von Gruppeninteressen voraus. Damit steht die Vermittlung der Interessen eines heterogenen Geflechts gesellschaftlicher Gruppen im Vordergrund demokratischer Politik. Deshalb wird die Zivilgesellschaft zum eigentlichen Fundament moderner liberaler Demokratie. Unter diesem Sinne trägt die Zivilgesellschaft bei den Transformationsländern zu einer Unterminierung der autoritären Regime bei und durch die Erzeugung und Aufrechterhaltung sozialer Drucks drängen die Regimeeliten zur Demokratisierung.

Da die Demokratisierung vor allem die Verständigung über die Grundlagen der neuen, demokratischen Gesellschaft und die Grundstrukturen des ökonomischen und politischen Systems bedeutet, soll die erfolgreiche Demokratisierung in postkommunistischen Ländern geschaffen werden. Ihr Scheitern würde nicht nur Zweifel an der Durchsetzungs- und Überzeugungskraft demokratischer Ideen wecken, sondern möglicherweise militärische Auseinandersetzung bewirken. Für eine erfolgreiche Demokratisierung in diesen Ländern sollen zwei Bedingungen

erfüllt werden. Einerseits soll die Masse der Menschen materiell durch eine anhaltende aktive Politik der Verteilungsgerechtigkeit besser gestellt werden. Die demokratische Elitenherrschaft dagegen degeneriert, wenn sie sich nicht den Partizipationswünschen der Bürger öffnet und Strukturen zur Verfügung stellt, die eine Bürgerbeteiligung fördern und unterstützen.

Im vierten Kapitel wurde zum einen die Globalisierung im Wege der Transformation beschrieben. Nach dem Zusammenbruch der ehemaligen sozialistischen Ländern Mittel- und Osteuropas sowie der Sowjetunion und nach dem Verschwinden der unter dem Bretton-Woods-System entstandenen Regulationsweise, d.h. Fordismus, soll aber die Transformation nicht nur wirtschaftliche, sondern auch sozio-kulturelle Auswirkung berücksichtigen. Das heißt wiederum, dass die Globalisierung sich nicht nur als ökonomische Deregulierung und Liberalisierung, sondern auch als politische und soziale Umwälzungen oder Restrukturierung verstand. Unter der Globalisierung wurde charakterisiert, dass sie ein räumliches Phänomen ist, in dem lokale, regionale, nationale und globale Räume immer enger und auf neue Art und Weise miteinander verwoben werden. Sie hat eine zeitliche Dimension, in der Information, Wissen, Kapital, Waren und auch Menschen in immer kürzer Zeit rund um den Globus zu transportieren sind. Unter diesem Aspekt gliedert sich die Globalisierung in drei Charaktere, nämlich Vereinheitlichung, Fragmentierung und Informalisierung. In Bezug auf die Transformationsländer in Mittel- und Osteuropa sowie der ehemaligen Sowjetunion bildeten sich die Besonderheiten heraus, die Parallelen zu Formen der Herausbildung kapitalistischer Verwertungsbedingungen darstellen.

Um Globalisierung und ihre Tendenzen besser zu verstehen, wurde der Fordismus und Postfordismus nicht nur im Sinne der ökonomischen Aspekte, sondern auch der gesellschaftlichen Kontexte in Betracht gezogen.

Im weiteren Verlauf des Kapitels 4 geht es um die Regionalisierung. Unter der anfänglichen Ägide des Neoliberalismus stellte sich der Globalisierungsprozess sowohl auf den Binnen- als auch auf den internationalen Märkten als Reduzierung staatlicher Interventionen dar, was aber die Rolle des Staates bei der Schaffung neuer Spielregeln verschleierte. Unter diesen Umständen ist aber die Rolle des Nationalstaates in den internationalen Verhältnissen nicht ganz verschwunden, sondern hat einen Teil seiner Souveränität über die ökonomischen Prozesse eingebüßt. Der Staat sorgt immer noch für die nationale Wettbewerbsfähigkeit oder Prosperität zwischen globalem Wettbewerb und lokalen Produktionsbedingungen am Standort. Das Resultat des Globalisierungsprozesses ist keineswegs eine einheitliche Weltwirtschaft und -gesellschaft, sondern es findet die Ungleichmäßigkeit und Ungleichzeitigkeit der Entwicklung

statt, die heute überall, wo die kapitalistische Gesellschaft vorliegt und die Entwicklung oder Transformation im Zuge der Globalisierung in Gang setzt, eher größer geworden. Im Wege dieser Prozesse ist insbesondere der Verlust der hegemonialen Macht US-Dollar neue Perspektiven der Nationalstaaten zwischen globalem Freihandel, nationalem Protektionismus und regionaler Blockbildung. Der durch die Globalisierung hervorgerufene partiell Funktionsverluste des Nationalstaates verlangt also zunehmend nach Problemlösungen auf supranationaler Ebene, die allerdings sowohl globalen als auch regionalen Charakter haben können. Die Regionalisierung kann also in den 80er und 90er Jahren als Reaktion auf eine Zunahme der Globalisierung der Ökonomie, aber auch auf die Verdichtung von Problemen in anderen Politikfeldern, verstanden werden. Das heißt, dass die Regionalisierung Antworten auf die Herausforderungen einer globalen Strukturkrise und auf die Verschärfung der globalen Konkurrenz geben, gefördert durch die extrem gewachsene Instabilität des globalen Finanzsystems, das ein Element der globalen Transformation ist.

Bei näherer Betrachtung der heutigen Tendenz der Globalisierung stellt sich in der Tat die Triadisierung heraus, da in den 90er Jahren vier Fünftel des Welthandels, der Direktinvestitionen oder der Finanztransfers zwischen Westeuropa, Nordamerika und Ostasien (vor allem Japan) abgewickelt wurden. Inzwischen werden die weniger entwickelten Länder Afrikas, Lateinamerikas und Asiens arrogant exkludiert. Es ist zweifellos richtig, dass sich die globalen ökonomischen Aktivitäten auf die Triadenmächte konzentrieren und dass regionale Wirtschaftsblöcke in der „neuen Weltordnung“ Konjunktur haben.

Im fünften Kapitel geht es um die Strategien erfolgreicher Transformation in den Ländern Mittel- und Osteuropas. Während alle Welt zur Zeit dazu übergegangen ist, sich in makroregionalen Wirtschaftsblöcken zu integrieren, machten die Transformationsländer zunächst einen Prozess der Auflösung der (Ost)Blockstrukturen, also der Deintegration durch.

Als erste Strategie bedürfen die Transformationsländer zum ersten einer gewissen territorialen Schließung von Produktionssystemen also eines globalen Protektionismus, der zum Schutz von der weitweiten Konkurrenz beitragen kann. Der globale Protektionismus kann im monetär-keynesianischen Kontext nur die Konformität mit den von den globalen Vermögenmärkten diktierten Bedingungen gemeint sein. Vor diesem Hintergrund ist der globale Protektionismus also die Protektion des nationalen Währungsraums in der Währungskonkurrenz gemeint. Das bedeutet, dass nicht nationale „*infant industries*“ geschützt, sondern in der globalen Konkurrenz wettbewerbsfähige Räume (industrie-, sozial- und vor allem geld- und währungspolitisch) erzeugt werden. Darin haben natürlich diejenige bessere Chancen, die bereits

mit einer starken Währung antreten, wohingegen jene die mit abwertungsverdachtiger Währung das Spiel aufnehmen, schlechter gestellt sind.

Die Liberalisierung und Deregulierung der Finanzmärkte nach dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems Anfang der 70er Jahre bewirkte die Volatilität finanzieller Transaktionen und den Anstieg der Wechselkurse sowie der Zinsen. Insbesondere unter labiler finanzieller Globalisierung bedarf es einer räumlich-zeitlichen Entzerrung der Finanz- und Währungsmärkte. In der vorliegenden Arbeit wurden zwei Möglichkeiten vorgestellt, wie eine Spekulation zwischen Währungen und kurzfristigen Transaktionen zu unterbinden ist. Zum einen sollen die Wahrungsgebiete integriert werden. Die Integration von Wahrungsgebieten kann die Möglichkeit der Wahrungsspekulation nur dann vermeiden, wenn feste Kursrelationen in einem Währungsraum geschaffen werden. Dies ist beispielsweise mit der Bildung der Europäischen Union geschehen. Zum anderen könnte die Tobin-Steuer als eine Strategie der Segmentation eingeführt werden, um die Finanzmärkte zu stabilisieren, indem kurzfristige Transaktionen verteuert würden.

Als zweite Strategie muss die systemische Wettbewerbsfähigkeit hergestellt und zum dritten die *global governance* geschaffen und ausgeweitet werden, um die erfolgreiche Integration oder Zusammenarbeit auf dem Weltmarkt zu erreichen.

Durch die Globalisierung der Oonomie und die weltweiten Liberalisierungsschube verschärfte sich der Systemwettbewerb zwischen den Nationalstaaten. Um die systemische Wettbewerbsfähigkeit als nachholende Entwicklung auf nationaler Ebene zu erhöhen, gibt es zwei Aspekte. Zum einen kann sie in großen und diversifizierten, hochgradig strukturierten Oonomien unterhalb der nationalstaatlichen Ebene zustande kommen, sozusagen als mikroregionale Wettbewerbsfähigkeit von „*industrial districts*“, von „*clusters*“ dynamischer Unternehmen vor Ort und von Agglomerationsräumen mit Fuhlungsvorteilen. Zum anderen ist die Emigration der Uberschussbevolkerung ein Prozess, der die Wettbewerbsfähigkeit erhöhen und die Armut vermindern kann, solange die Migration keinen „*brain drain*“ im Emigrationsland bewirkt.

Unter der Berücksichtigung des Behandlungsrahmens von *global governance*, der in unterschiedlicher Gewichtung mit den einzelnen Problemen befasst ist, bedeutet *global governance* ein Mehr an Multilateralismus und eine Verdichtung der internationalen Zusammenarbeit in internationalen Organisationen und Regimen. In diesem Sinne übernimmt die *global governance* die Koordinationsfunktionen und trägt zur Herausbildung globaler Sichtweise bei.

Mit der weltweiten Globalisierung findet die Kluft zwischen den internationalisierten Oonomien, den globalen Umweltgefährdungen, den grenzüberschreitenden Problemen (z.B. Mi-

gration, Kriminalität, Walt- und Artensterben) auf der einen Seite statt und andererseits wächst die weitgehend territorialstaatliche Fixierung des politischen Handelns. Diese globalen Konfliktlinien verlaufen demnach nicht zwischen Weltwirtschaft und Nationalstaat oder zwischen Staaten und Weltgesellschaft, sondern zwischen starken und schwachen Kapitalfraktionen, zwischen metropolitanen und peripheren Ökonomien, zwischen Kapital und Arbeit und zwischen herrschenden und marginalisierten Klassen. Da die Beibehaltung der bislang durchgeführten Politik, die mit der Globalisierung einhergeht, die neuen Herausforderungen oder Zukunftsaufgaben der Weltgesellschaft nicht auflösen kann, wird die *global governance* als globales Netzwerk von Akteuren, die Politikformen entwickeln, die zur Bewältigung der jeweils zu bearbeitenden Probleme am besten geeignet sind, die größere Interdependenz einerseits und die deshalb größeren Heterogenität der betroffenen Menschen und Gesellschaften andererseits betrachten.

Im sechsten Kapitel wurde die Transformation im weiteren Sinne in Verbindung mit der Wiedervereinigung Koreas im engeren Sinne dargestellt, die auf den bisherigen gewonnenen Erkenntnisse und Analysen basierte. Um die Transformation in Korea ausführlich und besser zu begreifen, wurde zunächst aufgezeigt, wie sich die Wirtschaft des Landes entwickelte, die zivilgesellschaftlichen Prozesse verlaufen sind und welche Probleme in Südkorea durch den schnellen Verlauf der Wirtschaftsentwicklung entstanden sind. Anschließend wurde dargestellt, wie die nordkoreanische Regierung trotz des Zusammenbruchs fast aller sozialistischen Regime überlebensfähig war und welche wirtschaftlichen Hauptprobleme dadurch entstanden sind. Nach Berücksichtigungen vorgenommener Punkte werden schließlich die Szenarien der koreanischen Einheit aufgezeigt und die mögliche Wiedervereinigung in Korea, nicht zuletzt unter Berücksichtigungen der Erfahrungen zur deutschen Einheit, diskutiert.

Die wirtschaftliche Entwicklung ist jedoch selbst bei Erfüllung aller Voraussetzungen und Wirksamkeit sämtlicher Faktoren kein Automatismus, wenn es an der Kooperation der verschiedenen Teile der Gesellschaft mangelt. Wirtschaftswachstum muss nicht schlechthin als mechanisches Resultat der Produktionsfaktoren betrachtet, sondern auch als Produkt gesellschaftlicher Veränderungen verstanden werden, die auch Arbeiter, Unternehmer und die Regierung gemeinsam bewirkt. Eine Betrachtung gesellschaftlicher Veränderungen wäre ohne Einbeziehung des Faktors Mensch unvollständig. Im Prozess der Wirtschaftsentwicklung Südkoreas bestand eine klare Verteilung der Rolle zwischen den Handlungsträgern. Die Regierung entwickelte die zugrundeliegende Wachstumsstrategie und setzte diese um, die Unternehmer organisierten die Produktion trotz des unsicheren Wirtschaftsklimas, die Arbeiter waren unermüdlich tätig. Diese hatten mit Arbeitswillen, Selbstdisziplin und ihrer Fähigkeit

bewiesen, sich veränderten Bedingungen anpassen zu können. Nur durch das Zusammenspiel all dieser Faktoren wurde die rasche ökonomische Entwicklung Südkorea möglich. Ansonsten hätte sich das Wachstum mit einem sehr viel langsameren Tempo vollzogen.

Die Probleme der Wirtschaft Südkoreas liegen darin, dass das rasche Wirtschaftswachstum zahlreiche langfristige und strukturelle Probleme verursachte. Das exportorientiertes Wachstum bis Ende der 70er Jahre betrug pro Jahr 9%. Dies bewirkte die Umwandlung der Wirtschaftsstrukturen von der arbeitkräfteintensiven Leichtindustrie zur Groß- und Schwerindustrie. Eine außerordentlich große Belastung für die südkoreanische Wirtschaft resultierte zusätzlich daraus, dass die Regierung des Landes uneingeschränkte finanzielle und steuerliche Erleichterung bereitstellte, um so das Wachstum weiter zu fördern. Die Verhaltensweisen der Unternehmen waren nicht mehr von Verantwortung getragen. Vielfach stießen Unternehmen in unprofitable Bereiche vor. Diese Unternehmen brauchten sich keine Sorgen um die Kosten zu machen, sondern wandten sich einfach an den Staat, der die benötigten Finanzmittel bereitstellte. Im Ergebnis dieses Prozesses entstanden riesige Konglomerate, die sogenannte Chaebols. Daher verstärkten sich die Defizite in der südkoreanischen Wirtschaft, und die Wirtschaft wurde aufgebläht und ausgehöhlt. Angesichts der unkontrollierten Steuer- und Finanzhilfen entsprach die Wirtschaft nicht länger den Forderungen des Marktes. Korrupte Praktiken machten sich allerorten breit.

Zur Lösung dieser Probleme musste die Regierung Südkoreas die wirkliche Bedeutung der Umstrukturierung erkennen und richtige Maßnahmen vorantreiben, die die erforderlichen strukturellen Verbesserungen bringen und neue Rahmenbedingungen für die Wirtschaft schaffen. In der Anfangsphase war die südkoreanische Wirtschaft noch klein und so konnte der Staat sie beherrschen und wirksam lenken. Angesichts der Größe und Komplexität der heutigen Wirtschaft bedeutet staatlicher Dirigismus eine Verschwendung von Mitteln und öffnet der Ineffizienz Tür und Tor. Die südkoreanische Wirtschaft muss von einer staatlich dirigierten in eine sektorgeführte Privatwirtschaft umgewandelt werden.

In Südkorea trug die exportorientierte Industrialisierung als sozioökonomische Modernisierung zum Wandel von einer konfuzianisch geprägten, agrarisch strukturierten Gesellschaft hin zu einem industriellen Schwellenland mit hochgradig differenzierter Sozialstruktur bei. Im Zuge dieses Prozesses änderte sich in Südkorea schrittweise nicht nur die Machtbalance zwischen Staat und Gesellschaft, sondern auch die Struktur und Zusammensetzung der Zivilgesellschaft. Insbesondere der Demokratisierungsprozess zwischen 1985 und 1988 als Massenmobilisierung bewirkte eine Unterstützungskrise des Regimes. Folge war das Anwachsen des oppositionellen Widerstands und es kam eine Vielzahl bislang passiver Akteure dazu, die sich

an der Demokratiebewegung beteiligten. Zur Erreichung des gemeinsamen Ziels (Einleitung der Demokratisierung) bedarf es der Einheit der zivilgesellschaftlichen Front gegenüber dem autoritären Regime, weil unterschiedliche ideologische Vorstellungen, Interessen und nicht zuletzt auch differierende parteipolitische Bindungen die Akteure auseinanderdriften ließen. Im allgemeinen soll eine zentrale Funktion der Zivilgesellschaft in Südkorea ungeachtet unterschiedlicher Mobilisierungsniveaus, abweichender Strategien und divergierender Einflussmöglichkeiten in der Phase der Transformation eine herausragende Rolle spielen. Diese Rolle bedeutet die Schaffung politischer „Opportunitätsstrukturen“ durch weitgehend gewaltlose Massenmobilisierung, die von den Parteien schließlich zur Aushandlung demokratischer Institutionen genutzt werden konnten. Der Druck neuer sozialen Bewegungen förderte die Öffnung des Regimes, dies verstärkte wiederum die Tendenz zur Formierung der Zivilgesellschaft.

Nordkorea ist anders als die zusammengebrochenen ehemaligen sozialistischen Länder Mittel- und Osteuropas und der Sowjetunion seit fast einem halben Jahrhundert immer noch eine geschlossene Gesellschaft. Dies ist auf die Juchae-Ideologie, die eine langen Regentschaft von Kim Il Sung ermöglicht hatte, zurückzuführen. Dies sowie die Herausforderung und die erwartungsgemäße Zukunft Nordkoreas wurde dargestellt und diskutiert.

In bezug auf die Wiedervereinigung können die Einheitstypen durch die Kombination der Faktoren, d.h. die harte und weiche Führungskräfte der Nordkorea und die Strategie der Blockierung und Unterstützung, abgeleitet werden. Bei den Szenarien handelt es sich um den Übereinkommens-Typ, um den Derivat-Typ, um den Selbstvernichtungs-Typ und um den Zusammenstoß-Typ. In der Tabelle VI-1 wurden die jeweiligen Typen je nach der Zeitdauer der Einheit und nach ihrer Realisierbarkeit einander gegenübergestellt. Bei der Rangfolge nach der Realisierbarkeit wurden die Meinungen der Experten ausführlich berücksichtigt. Es musste berücksichtigt werden, dass die unerwarteten Variablen für die koreanische Einheit zu jeder Zeit auftreten können und sich durch die unerwarteten Erscheinungen die Einheit des Koreas beschleunigen kann. Demnach kann die koreanische Einheit entweder in der Form der 4 Einheitstypen einzeln erfolgen oder aber in Kombination mehrerer, da schwer vorhersehbar ist, was in Nordkorea passiert.

Aus den deutschen Erfahrungen können einige wichtige Maßnahmen für die Einheit auf der Halbinsel herangezogen werden, um die Schwierigkeiten der gesellschaftlichen und kulturellen Konflikte im voraus zu vermindern.

Zur der Minimierung der sozio-kulturellen Problemen ist es notwendig, dass erstens die sozio-kulturelle Gemeinschaft in der Dimension des Gesamtstaates und der Gesamtbevölkerung,

und dass zweitens die Einheit auf der Halbinsel graduell und demokratisch gebildet werden. Drittens bedarf es systematischer Maßnahmen, die zu einem wirtschaftlichen Wohlstand führen können. Viertens soll vor der Einheit die Heterogenität der beiden Bevölkerung überwunden und eine Homogenität gebildet werden.

In diesem Sinne soll die negative Sichtweise für die Einheitskosten, die sich aus vielen in- und ausländischen Untersuchungen ergab, nicht übermäßig betont, sondern es müssen die Vorteile, die die Einheit mit sich bringen könnte, durch entsprechende Aufklärung des Volkes herausgestellt werden, in dem Sinne, dass die wirtschaftliche Vereinigung eine mittel- und langfristige Aufstockung der materiellen Ressourcen, die Investition der „*Human-Technologie*“ und die Erweiterung der Infrastruktur bringen wird.